



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint vierzehntägig Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preiskarte 1,25 Mark, Übers- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Bekanntmachung.

Am 30. November ist in Berlin der Buchdruckerrat zu einer Verhandlung zusammengetreten, um über weitere Maßnahmen für die Übergangswirtschaft zu beraten und zu beschließen.

Im Vordergrund der Beratung stand die Fürsorge für die Arbeitslosen; außerdem wurde über einige Streitfragen entschieden, die sich aus der Einführung der Beschlüsse 1 bis 12 vom 18. November ergeben haben.

In Sachen der Unterbringung der Arbeitslosen wurde die Art der Vermittlung der aus dem Heere Entlassenen zu ihren früheren Arbeitgebern

beschlossen. — Ebenso wurde die Durchführung der unter Ziffer 8 der Beschlüsse vom 18. November getroffenen Maßnahme, betreffend die Unterbringung der übrigen Arbeitslosen beschlossen. — Den Arbeitsnachweisen gehen die hierfür bestimmten Anweisungen und Drucksachen durch das Tarifamt noch in dieser Woche zu. Mit dem Empfange der Drucksachen treten die Beschlüsse in Wirksamkeit.

Der Buchdruckerrat fasste die nachstehenden weiteren Beschlüsse (Ziffer 1 bis 12 siehe „Solidarität“ vom 30. November):

13. Ein Recht auf Wiedereinstellung haben diejenigen Berufsangehörigen (Gehilfen oder Hilfsarbeiter), die in der betreffenden Druckerei am Mittwoch, den 29. Juli 1914, dem Tage des drohenden Kriegszustandes, tätig waren, und von dieser Arbeitsstelle aus zum Heeresdienst eingezogen wurden.
14. Wer seine Stellung während des Krieges freiwillig aufgegeben hat, kann einen Anspruch auf Wiedereinstellung in die alte Stellung nicht erheben. Dies betrifft auch diejenigen Berufsangehörigen, die nach dem 1. Oktober 1915 vom Berufe abgegangen sind.
15. Die Wiedereinstellung hat zu erfolgen mindestens zu demjenigen Lohne, den der Betreffende bei seiner Einberufung erhalten hat, zuzüglich der tariflichen Lohnerhöhungen. Hierbei sollen etwa erfolgte durchschnittliche Lohnerhöhungen während dieser Zeit entsprechend berücksichtigt werden. Sollte eine Ein-

gung in der betreffenden Druckerei zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht erzielt werden, so haben die beiden Preisvertreter bzw. die beiden Vorstenden des Schiedsgerichts nach Anhörung des Arbeiter-Ausschusses vermittelnd einzugreifen. Gelingt ihnen eine Vermittlung nicht, so soll das Tarifamt entscheiden. Wiedereintritt in die alte Stellung soll durch die etwa noch offene Lohnfrage nicht behindert werden.

16. Der Divisor zur Ermittlung des Stundenlohnes ist die Ziffer 48.
17. § 6 Ziffer 4 des Tarifs verkürzt sich sinngemäß um 1 Stunde, also von 11 auf 10 Stunden. Dasselbe ist bei § 7 Ziffer 3 der Fall, nämlich von 9 auf 8 Stunden.
18. Beginn und Ende der täglichen achtstündigen Arbeitszeit kann innerhalb der bisherigen Arbeitszeit (§ 1 Absatz 1 des Tarifs) gelegt werden. Die Kürzung der Arbeitszeit am

Arbeitsende ist anzustreben. Im Streitfalle entscheidet das Tarifamt.

19. Ist bisher zwecks früheren Arbeitschlusses am Sonnabend an den anderen Arbeitstagen vorgearbeitet worden, so sind gegen ein Fortbestehen dieses Vorarbeitens Einwendungen nicht zu erheben. Bei Neueinführung der Vorarbeit müssen beide Parteien sich verständigen.
20. Sollten einzelne Betriebe infolge Mangel an Gas oder Strom die Arbeitszeit nicht voll ausnützen können, so soll derjenige Teil des anfallenden Arbeitsverdienstes, welcher vom Reich, Staat, der kommunalen Erwerbslosen-Fürsorge oder anderer Seite nicht getragen wird, je zur Hälfte vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen werden.
21. Diese Beschlüsse treten ab 9. Dezember in Kraft.

Berlin, 2. Dezember 1918.

Der Buchdruckerrat.

Als Beauftragte: Rud. Ullstein, Herbert W. Friedrich, Alb. Faber, E. Albrecht, Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Für die Wochen vom 15. bis 21. Dezbr. und 22. bis 28. Dezbr. sind die Beitragsmarken in die mit 51 resp. 52 bezahlten Felder des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Alle aus dem Kriegsdienst zurückkehrenden Mitglieder, die sich bei ihrer Einberufung ordnungsgemäß abgemeldet haben und sich innerhalb 14 Tagen nach ihrer Entlassung aus dem Militärverhältnis bei ihrer Zahlstelle unter Vorweisung ihrer Entlassungsbescheinigung anmelden, treten sofort in ihre früher erworbenen Rechte ein.

Mitglieder, denen bei ihrer Einrückung die ordnungsgemäße Abmeldung aus irgendwelchen Gründen nicht möglich war, müssen aus ihren Militärpapieren den Nachweis über das Einberufungsdatum erbringen und sind, wenn sie nicht mehr als 4 Beitragsreste vor ihrer Einberufung hatten, nach ihrer Anmeldung in ihre alten Rechte einzusetzen.

Bei Quanspruchnahme von Arbeitslosen- und Krankenunterstützung haben die vom Militär entlassenen Mitglieder ihre Entlassungsbescheinigung vorzulegen. Der Unterstützungsbezug entfällt,

wenn die Entlassung nicht definitiv erfolgt ist oder wenn die Bestimmungen des § 7 des Verbandsstatuts Anwendung finden müssen.

Die statutarisch festgesetzten Unterstützungsrichtungen bleiben in vollem Umfange in Kraft.

Die Zahlstellenverwaltungen werden gebeten, allen aus dem Felde heimkehrenden Kollegen mit Rat und Tat nach Kräften beizustehen und ihnen nach Möglichkeit dabei behilflich zu sein, sich wieder in die Friedensarbeit hineinzuleben. Vor allem muß dafür gesorgt werden, daß diese Kollegen wieder in ihre früheren Arbeitsplätze eingestellt werden und wo das nicht möglich sein sollte, daß ihnen andere Arbeitsmöglichkeiten beschafft wird.

Infolge der im Eisenbahnbetriebe eingetretenen Schwierigkeiten treten auch im Postverkehr Störungen ein, die sich besonders unliebsam und störend bei der Zeitungszustellung und im brieflichen Verkehr zwischen uns und den Zahlstellen bemerkbar machen. Wir bitten unsere Funktionäre und Mitglieder, diese von uns nicht vermeidbaren Störungen zu berücksichtigen und in ihrer Verbandsstätigkeit nicht zu erlahmen.

Der dieswöchentlichen Zeitungsendung liegt eine Anzahl roter Abressentarten bei, von welchen

eine sofort, und die anderen bei jeder Veränderung in den Zahlstellenleitungen, genau ausgefüllt dem Verbandsvorstand einzuwenden sind. Besonders bitten wir um die genaue Angabe der benötigten Anzahl von Zeitungen.

Der Verbandsvorstand:

J. A. C. Bucher, 2. Vorsitzender.

Politischer Umsturz — wirtschaftlicher Umbau.

Von Carl Legien.

In wenigen Stunden hat die deutsche Revolution jahrhundertalte Dynastien gestürzt. In wenigen Tagen ist die neue Staatsform geschaffen. Ist sie auch noch nicht vollständig konsolidiert, so doch, zum Teil unter Verwendung des alten Verwaltungsapparates, so ausgestaltet, daß sie ihre nächstliegenden Aufgaben zu erfüllen vermag. Während sich politisch in denkbar kürzester Zeit ein völliger Umsturz vollzogen hat, ist an dem Fundament des Wirtschaftslebens nichts geändert. Veränderungen des Arbeiterrechtes, Verbesserung der Arbeitsbedingungen traten zwar unvermittelt nach dem Siege der Revolution für die Arbeiterschaft der Groß-

industrie ein. Sie bedingten jedoch keine Umgestaltung des Produktionsprozesses.

Dieser Verlauf der Dinge entspricht durchaus den Lehren von Karl Marx; dieser Verlauf ist von allen sozialistischen Theoretikern bis zum letzten Redakteur einer sozialdemokratischen Zeitung, der sich ernsthaft mit sozialen Problemen beschäftigt hat, vorausgesetzt worden. Die Ueberführung der privatkapitalistischen Produktion in die sozialistische kann nach unserer eigenen sozialistischen Lehre nicht das Werk einer augenblicklichen Erhebung sein, sondern sie bedarf, nachdem durch Aenderung der Staatsform und Beseitigung hinderlicher Rechtsnormen der Weg für die Sozialisierung freigemacht ist, der sorgfältigsten Vorbereitungen. Das Wirtschaftsleben muß aufrecht erhalten bleiben, wenn nicht die Arbeiterklasse mit der erkämpften Freiheit der Not und dem Hunger preisgegeben werden soll.

Das wird auch von den Mitgliedern des Rates der Volksbeauftragten vertreten, gleichviel ob sie sich für sozialdemokratischen oder zur unabhängigen sozialdemokratischen Partei bekennen. Sie sehen mit vollem Recht in den zwischen den großen Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften am 15. November 1918 abgeschlossenen Vereinbarungen ein Mittel zur ungestörten Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens. Diese Vereinbarungen wurden von dem Rat nicht nur durch Unterzeichnung anerkannt und amtlich veröffentlicht, sondern ihre Befolgung ist den Reichsbehörden zur Pflicht gemacht und den Staats- und Gemeindebehörden zur Nachahmung empfohlen. Sie werden somit bis zur folgenden gesetzlichen Regelung die Grundlage für die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse bilden.

Diese Vereinbarungen sind in der Tat ein Ereignis, wie es sich noch in keinem Lande der Welt vollzogen hat. Es herbeizuführen, mußten die Voraussetzungen gegeben sein, wie sie in Deutschland vorlagen. Starke Arbeitgeberorganisationen und starke Gewerkschaften, die sich leidenschaftlich mit allen Mitteln bekämpften, um schließlich auf dem Wege der Verständigung zur gemeinsamen Regelung der Arbeitsbedingungen zu kommen. Die Vereinbarungen sind zwar nicht durch die Revolution herbeigeführt, wohl aber durch sie in ihren zugunsten der Arbeitnehmerschaft getroffenen Bestimmungen wesentlich beeinflusst und im Abschluß beschleunigt. Die Ursache der Verhandlungen zwischen den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften war der Zusammenbruch der militärischen Gewalt in Deutschland. Mit ihr brachen auch alle seit 1915 aufgearbeiteten Demobilisierungspläne zusammen. Bei dieser war vorgesehen, daß die Demobilisierung sich auf längere Dauer erstrecken würde. Nunmehr aber mußte sich in Tagen vollziehen, was für Monate gedacht war. Energische Maßnahmen waren notwendig, um die

Arbeiterschaft vor der verzweifelten Lage zu bewahren. Um diese Maßnahmen herbeizuführen, fanden sich Unternehmer und Gewerkschaftsvertreter zu gemeinsamer Beratung zusammen. Bereits am 1. November 1918 wurde der Konferenz der Vorstandsvertreter der Gewerkschaften der bis dahin vereinbarte Demobilisierungsplan vorgelegt. Die in ihm aufgestellten Forderungen für die Organisation der Demobilisierungsbehörde wurden durch Verhandlungen mit der alten Reichsregierung durchgesetzt. Die Behörde ist geschaffen. In ihr wirken Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber in allen entscheidenden Fragen mit.

Die Gewerkschaften begnügten sich jedoch nicht mit den für die Demobilisation zu treffenden Maßnahmen. Sie forderten als Voraussetzung für das gemeinsame Vorgehen mit den Unternehmern in der Arbeit für die Demobilisation eine paritätische Regelung des Arbeitsvertragsverhältnisses. Es mag den Unternehmern, den bisherigen unbeschränkten Herrschern in der deutschen und zum Teil in der ausländischen Industrie nicht leicht geworden sein, die Gewerkschaften, die ihnen als ein störender Körper im Wirtschaftsleben galten, als die Vertreter der Arbeiterschaft anzuerkennen. Die Revolution jedoch hatte alle Hindernisse überwunden, so daß bei Wiederaufnahme der Verhandlungen Zugeständnisse gemacht wurden, die man wenige Tage vorher mit aller Entschiedenheit verweigert hätte. So kam eine Vereinbarung zustande, die für alle wichtigen Industrie- und Erwerbszweige in ganz Deutschland eine die Arbeiterrechte sichernde Regelung der Arbeitsverhältnisse unmittelbar herbeiführte.

Die Gewerkschaften werden als die berufene Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt; den Arbeitern wird volle Koalitionsfreiheit gewährt, alle die kleinen Mittel, die trotz gesetzlicher Bestimmungen bisher zu deren Behinderung angewandt wurden, fallen fort; die gelben Werkvereine werden ausgeschaltet; den vom Heeresdienst Zurückkehrenden wird die Arbeitsstelle gesichert, die sie vor dem Kriege inne hatten; der Arbeitsnachweis wird gemeinsam geregelt und paritätisch verwaltet; die Arbeitsbedingungen werden durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsorganisationen für die einzelnen Gewerbe- und Industriezweige festgesetzt; Arbeiterauschüsse, Schlichtungsstellen und Einigungsämter werden gebildet; das Höchstmäß der regelmäßigen Arbeitszeit ist vom 15. November 1918 ab acht Stunden pro Tag; ein Zentralauschuss aus einer gleichen Anzahl von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bestehend, ist eingesetzt, um die Durchführung der Vereinbarungen zu überwachen und Streitigkeiten zu schlichten. Da alle großen Arbeitgeberverbände die Vereinbarungen unterzeichnet haben, weitere bereits ihren Beitritt meldden und noch fehlende durch die Arbeiterorgani-

sationen eventuell mit den gewerkschaftlichen Zwangsmitteln herangezogen werden, so ist die Durchführung des Vereinbarten gesichert. Ueberdies wird in den nächsten Tagen eine Verordnung des Staatssekretärs für Demobilisation erlassen werden, die den Achtstundentag für den Teil der Arbeiterschaft bringt, der nicht von den Vereinbarungen erfasst wird. Macht die Arbeitslosigkeit der aus dem Heere Entlassenen eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit notwendig, so wird diese nach Verständigung mit den in Frage kommenden Gewerkschaften erfolgen. Eine Schmälerung des Einkommens der Arbeiter soll hierbei nicht eintreten. Die Differenz zwischen dem durch Arbeit erzielten und dem zur Fristung des Lebens erforderlichen Einkommen, muß und wird, sofern die Unternehmer sie nicht ausgeglichen, aus öffentlichen Mitteln gedeckt werden.

Mit all diesen Maßnahmen wird die Sozialisierung der Betriebe zwar nicht erreicht, jedoch nicht unwesentlich vorbereitet. Vor allem bewahren sie uns jedoch von einer Gefahr, die verhängnisvoll für die Sicherung der errungenen politischen Freiheit werden könnte. Sie schützen uns vor einer Störung des Wirtschaftslebens. Man muß berücksichtigen, in welcher entsetzlichen Lage sich Deutschland und seine Bevölkerung nach diesem Ausgang des Krieges befindet. Auch dann, wenn die Revolution nicht im Anschluß an die vernichtenden Wirkungen des Krieges eingetreten wäre, müßte durch ungestörten Fortgang der Produktion ihr Erfolg gesichert werden, denn nichts könnte diesen mehr gefährden, als Arbeitslosigkeit und Not in der Bevölkerung. Unabweisbar aber wäre die Wirkung einer solchen Notlage unter den jammervollen Arbeitsverhältnissen, die über Deutschland durch den Krieg heringebracht sind. Dem muß vorgebeugt werden. Hierbei sichert freiwilliges Zugeständnis die Durchführung der Maßnahmen viel mehr als die besten Veränderungen, die erst durch Zwang zur Geltung gebracht werden müssen. Deswegen sind die Vereinbarungen mit den Unternehmern gegenwärtig von nicht zu unterschätzendem Wert. Ihnen Geltung zu verschaffen, muß die Aufgabe der Arbeiter sein. Die Vereinbarungen hindern nicht die Sozialisierung der Produktion, sondern sind geeignet, diese zu beschleunigen. Der politischen Freiheit wird und muß die wirtschaftliche Freiheit folgen, die der Arbeiterklasse den vollen Anteil an den erzeugten Lebensgütern wie des Kultur- und Geisteslebens sichert.

Alle Kräfte auf das eine Ziel gerichtet!

Nach langem Sehnen und Hoffen, nach unsäglichen Mühen und Opfern, ist nun endlich der große Umschwung gekommen. Die Zwingburg der Fürstentherrschaft, die auf dem Militarismus und der

Berliner Revolutionstage.

S.A.K. Ueber das weite Feld von Tempelhof stampft in wuchtigen Stößen der Novemberwind. Er faßt den trägen Nebel, der sich auf der Decke hinlegen möchte, über die Dächer der quadratischen roten Häuser an der Papestraße. In den letzten Tagen lag der berühmte Uebungsplatz der Berliner Truppen in völlig unberlinischer Vereinsamung da und die politisch unterrichteten Passagiere der Straßenbahn, die in einer schnurgraden Linie das „Feld“ durchfliegt, machten sich Gedanken darüber, was das unmillitärische Berlin nunmehr mit diesem gewaltigen Bläse wohl anfangen.

Desto lebhafter ist das Bild, das dieses Feld am heutigen Anstagsmittwoch bietet. Es erinnert an die alten Stahlstücke, auf denen die napoleonischen Schlachten dargestellt sind. Aus allen Richtungen bewegen sich lange Züge von Menschen auf ein bestimmtes Ziel zu. Der leichte graue Dunst, der über dem Felde liegt, läßt die schwarzen Massen, die sich lautlos über den Rasen bewegen, in unbestimmten Umrisse erscheinen. Einzelne Menschen, die sich gegen den Wind vorwärts kämpfen, nehmen in dem unsicheren Dichte des Novembermorgens phantastische Formen an.

Der Zug der Massen und der Einzelnen geht nach Norden. Dort erkennt man einen massigen Aufbau und eine dunkle lange Wand. Beim Näherkommen nehmen wir wahr, daß sich die Wand bewegt und sich immer mehr verdichtet.

Eine Wand von Menschen, von dunkelgekleideten Menschen. Der massige Aufbau ist ein riesiger Katastroph, um den ein Ozean von Menschen braust. Das Volk von Berlin schickt sich an, die Toten der Revolution zu begraben.

Ueber dem schwarzen Menschenmeer wölft sich der graue Himmel. Unzählige rote Fahnen, würdige breite Banner und behende, kampfeslustig flatternde Fähnlein, an denen der Wind zerrt, schweben über den Häuptern der Menge. Wieviel Menschen hier sind? Wer wollte die Tropfen des Ozeans zählen, wer wollte ihre Zahl auch nur schätzen? Hunderttausende von Augen sind auf den Katastroph gerichtet, auf dem unter Blumen und Kränzen die Särge in einer Reihe stehen.

Die Toten der Berliner Revolutionstage. Die Leichen vieler derjenigen, die in den wildbrausenden ersten Revolutionstagen am Schloß, Unter den Linden und sonstwo ihre revolutionäre Tatkraft mit der Hingabe ihres Lebens bezahlt haben. Die Opfer einer Idee, die nach den siebzig Jahren seit 48 in den Berliner Straßen sich wieder in aktiven Angriffsgestalt umgesetzt hat.

Von der Tribüne ertönen die Akkorde eines Trauermarsches. Der Herbstwind trägt dem Ohre einzelne Notizen zu. Dann erklopft sich die Stimme eines Redners das Gehör der trauernden Menge. Worte der Wehmut. Ein junger Mensch ist unter den Gefallenen, auf den seine Jugendgenossen mit starkem Vertrauen, auf den die älteren Genossen mit großen Hoffnungen blickten. Unfeuernde, be-

geisternde Worte, Männer in der Blüte ihrer Jahre liegen hier, die Stütze und der Anhalt für ihre Familie, für ihre Frauen und Kinder waren, Worte des Gelübdes: Sie sollen nicht umsonst ihr Blut vergossen haben! Die Errungenenschaften ihres Kampfes sollen gesichert werden. Wenn wir heute unsere Opfer an dem Schloß der Hohenzollern vorbeitragen, werden wir keinen König oder Kaiser zu zwingen brauchen, diesen Opfern seine Ehrfurcht zu bezeugen, denn der letzte Hohenzoller, der eine Krone getragen, ist auf und davon. Die Lebenden werden den Kampfespreis der Toten wahren.

Wieder klingen die Töne eines Trauermarsches über das herbliche Feld. Zum Abschiednehmen ruft die rechte Stimmung. Eine Wagenreihe durchfährt den Menschenozean und trägt die Särge mit den Toten, deren Namen nie vergessen werden, hinüber nach der Straße, die den geschichtlichen Namen Belle Alliance trägt.

Quer übers Feld hat ein unendlich langer Zug Aufstellung genommen, der seinen Anschlusses an den Trauerkonkult wartet. Die Krangdeputationen der Arbeiter der Berliner Betriebe. Ware Wunderwerke der Krangbinerei liegen in langer Reihe auf dem Rasen unter der Obhut der Deputationen. Die Ball von Grün und bunten Blumen und roten Schleifen. Die Schleifen tragen Aufschriften, die Wehmut und Anerkennung und die letzten Grüße der Arbeitsgenossen der Toten zum Ausdruck bringen.

Vollstündigkeit gegründet und auf die nackte Gewalt gestützt war, liegt in Trümmern am Boden, die Machthaber und ihre Söhne sind vom Arm des Volkes beiseite geschoben worden. Das deutsche Volk atmet auf von dem Joch, unter dem es Jahrzehntelang gelebt hat, und es blickt mutig und vertrauensvoll in die Zukunft. Allerdings liegt diese Zukunft nicht im rosigem Dichte vor uns, im Gegenteil, die Aussichten sind düster und unheilbringend. Man möchte manchmal bezweifeln, wenn man bedenkt, welch namenloses Unglück die Herrschenden in ihrer Verblendung und ihrem Größenwahn über unser Volk und Land gebracht haben und welche ungeheure Schwierigkeiten zu überwinden sind, ehe wieder auch nur halbwegs günstige Verhältnisse hergestellt sein werden. Niemand darf sich darüber täuschen, daß wir schweren Zeiten entgegengehen und daß wir noch lange nicht über den Berg hinüber sind. Deutschland ist durch den Krieg aufs schwerste geschwächt und geschädigt worden, unbeschreiblich große Werte wirtschaftlicher, geistiger und kultureller Art sind vernichtet worden und es würde selbst bei einem für uns siegreichen Ausgang des Krieges, noch Jahrzehnte angestrengter Arbeit bedürftig haben, um die Schäden des Krieges wieder auszubessern. Nun aber kommt hinzu, daß wir den Krieg vollständig verloren haben und unsere Feinde widerstandslos ausgeliefert sind. Wir werden hohe Kriegsschuldigkeiten zu zahlen und alles das zu ersehen haben, was von uns zerstört und beschädigt worden ist. Das Grauen geht einem an, wenn man daran denkt, wie es dem deutschen Volke möglich sein wird, die Folgen des Krieges zu überwinden.

Aber trotz all der unendlichen Schwierigkeiten dürfen wir nicht bezweifeln, wir müssen vielmehr all unsere Tätigkeit zunächst darauf richten, das Verbordene wieder gutzumachen. Dabei ist es notwendig, daß wir all unsere geistigen und wirtschaftlichen Kräfte zusammenfassen und tatkräftig Hand anlegen beim Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens. Wenn dies nicht geschieht, wenn nicht alle Glieder unserer Volksgemeinschaft, unbeschadet der Gesinnung und ihres Standes, einig zusammenstehen, um eine Gesundung unserer Zustände herbeizuführen, so wird unser Volk um Jahrhunderte in seiner Kultur zurückgehen. Die Aufgabe, die zunächst zu lösen ist, ist so groß, daß sie von einem Bruchteil der Bevölkerung nicht gelöst werden kann, hier bedarf es der Mitarbeit aller Volksschichten. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Lebensmittelversorgung, die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, die Beschaffung von Rohmaterialien, um nur die wichtigsten Gebiete des wirtschaftlichen Wiederaufbaues zu nennen, nur durch das Zusammenwirken aller Volksträfte vernünftig geregelt werden können. Weil dies so ist und weil es immer richtig ist, das Nächstliegende

zunächst zu besorgen, müssen weitergehende Pläne und Entwürfe einstweilen zurückgestellt und der Zukunft überlassen bleiben. Dabei dürfen wir jedoch niemals das hohe Ziel aus den Augen verlieren, das der Menschheit zu allen Zeiten vorangeleuchtet hat, jenes Ziel, das wir mit dem Namen Sozialismus im umfassendsten Sinne bezeichnen. Unter dem Gesichtspunkte des Sozialismus, der die Hebung der gesamten Menschheit auf eine immer höhere Stufe der Entwicklung erstrebt, muß unsere Arbeit geleistet werden. Gegenwartsarbeit im Hinblick auf die Zukunft — das muß für uns die Parole sein.

Zweifellos können wir bei dem Wiederaufbau unseres wirtschaftlichen und kulturellen Lebens die Zusammenfassung aller Volksträfte und die eifrige Mitarbeit aller Volksglieder nicht entbehren. Wo es sich aber für uns Proletarier um das weiter gesteckte Ziel der Verwirklichung des Sozialismus handelt, da ist eine Einigkeit und ein einträchtiges Zusammenarbeiten erst recht vonnöten. — Wie könnte es wohl gelingen, die sozialistischen Ideen gegen den Widerstand der an der kapitalistischen Wirtschaftsweise und Gesellschaftsform interessierten Kreise zu verwirklichen, wenn das Proletariat in sich selbst uneinig ist, wenn die Anhänger der verschiedenen Richtungen sich aufs Schärfste bekämpfen und sich gegenseitig mit Schmutz bewerfen? Ein Heer, das in sich selbst uneins ist, kann nicht siegreich vordringen und so wird auch ein in sich selbst uneiniges Proletariat niemals den Sieg an seine rote Fahne knüpfen. Das muß auch dem blödesten Auge einleuchten und darum ist es bedauerlich, daß selbst in dieser großen Zeit einer politischen Revolution wie sie die Weltgeschichte noch nie gesehen hat, kleinliche Geister unentwegt am Werke sind, den Richtungsstreit auch weiterhin zu fördern und ihrer Stankluft zu fröhnen. Ein normal empfindender Arbeiter wendet sich mit Ekel von diesem Treiben ab, weil er instinktiv fühlt, daß die Zwietracht, die von jenen verblendeten Leuten geschürt wird, notwendig den völligen Sieg des Sozialismus in Frage stellen muß. So viel steht fest: die große Mehrzahl der Arbeiter und Arbeiterinnen, und zumal die aus dem Felde heimkehrenden Soldaten, wollen von dem Richtungsstreit nichts wissen, sondern entschieden und rückwärtslos die Einigkeit des Proletariats. Was hat es denn heute noch für einen Zweck, darüber zu streiten, welche Richtung in der Partei während des Krieges den rechten Weg eingeschlagen hat, und sich gegenwärtig Vorwürfe zu machen? Das alles liegt hinter uns und hat keinen Wert mehr, so lassen wir es denn tot und begraben sein, was aber vor uns liegt und was die höchste Kräfteanpannung erfordert, ist der Sozialismus und seine Verwirk-

lichung. Auf dieses Ziel wollen wir unsere Blicke richten und unsere Kräfte einstellen, dann werden wir trotz Krieg und Verwüstung, trotz Not und Elend, dem Sozialismus zum Ziele verhelfen.

Erwerbslosenfürsorge in der Uebergangszeit.

Das Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung hat als erste seiner Maßnahmen für die Durchführung der ihm übertragenen Aufgaben eine Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge mit gesetzlicher Kraft erlassen, auf deren wichtigste Bestimmungen hier hingewiesen sei. Träger der Fürsorge, die nicht den Charakter einer Armenunterstützung tragen darf, sind in der Regel die Gemeinden. Die Kosten werden zu sechs Zwölftel aus Reichsmitteln, zu vier Zwölftel vom Bundesstaat und zwei Zwölftel von der Gemeinde aufgebracht. Für die Gewährung der Unterstützung ist der tatsächliche Wohnort der Erwerbslosen zuständig, wobei darauf hingewirkt wird, daß Personen, die während des Krieges zur Annahme von Arbeit ihren Wohnort gewechselt haben, unter Gewährung freier Fahrt in ihren früheren Wohnort zurückkehren. Kriegsteilnehmer sind an dem Orte, wo sie vor ihrer Einberufung gewohnt haben, zu unterstützen, doch ist ihnen an ihrem Aufenthaltsort eine vorläufige vorschussweise Unterstützung zu gewähren. Sie haben auch Anspruch auf sofortige Unterstützung, während für die anderen Erwerbslosen eine Karenzzeit von höchstens einer Woche festgesetzt werden kann. Unterstützt werden arbeitsfähige und arbeitswillige Personen im Alter von über 14 Jahren, die infolge des Krieges sich in bedürftiger Lage befinden, weibliche Personen nur dann, wenn sie auf Erwerbsarbeit angewiesen sind. Solche Erwerbslose müssen jede ihnen nachgewiesene geeignete Arbeit auch außerhalb des Berufes und Wohnortes annehmen, wenn ihnen dafür angemessener Ortslohn geboten wird und keine gesundheitlichen und sittlichen Bedenken bestehen. Bei vorübergehender Einstellung oder Einschränkung der Arbeitsgelegenheit hat die Fürsorge für den Lohnausfall aufzukommen, sofern 70 Prozent des regelmäßigen Arbeitsverdienstes nicht den doppelten Betrag der Unterstützung für gänzliche Erwerbslosigkeit erreichen. Der an 70 Prozent fehlende Betrag ist als Erwerbslosenunterstützung hinzuzuzahlen. Bei Prüfung der Frage, ob eine Unterstützung geboten ist, soll nicht kleinlich verfahren, z. B. kleiner Besitz von Sparguthaben nicht in Betracht gezogen werden. Die Gewerkschaften, die über eigene Büros und besoldete Verwaltungskräfte verfügen, sind mit der Auszahlung der Unterstützung und der Kontrolle der Erwerbslosen betraut. Soweit für Erwerbslose bereits günstigere Unterstützungsanrichtungen bestehen, bleiben sie aufrechterhalten.

Von der Straße her tönen die Tritte der Berliner Arbeiter, die ihre Opfer bestatten. Schon sind die Wagen mit den Särgen längst die Straße herunter, noch stehen lange Rüge auf dem Felde. Von Fern bringen die Töne von Trauerweifen herauf, die in den dumpf hallenden Brausen der Tritte des Menschenzuges untergehen.

Berlin ist an Sensationen gewöhnt. Berlin hat schon viel gesehen. Einen solchen Trauerzug hat Berlin noch nicht erlebt. Ein in Wahrheit unendlicher Zug, dessen Spitze längst die innere Stadt, die Schloßgegend erreicht hat, bevor sein Ende das weite Feld verläßt, auf dem sich die Grung der Opfer der Revolution von 1918 vollzogen hat.

Die Opfer sind nicht umsonst gefallen.

Dieses Volk wird die Revolution und die deutsche Völkerverrepublik zu sichern wissen.

Ja, es wird sie zu sichern wissen gegenüber den Wünschen des Bourgeois — wir sagen absichtlich nicht des Bürgers. Der Bourgeois, der sich so hohe Rechte in dem Preußen der unbeschränkten Gewaltverfassung, schießt heute nach den Bajonetten her — Entente-soldaten. Daß das „amerikanische Militär für Ordnung sorgen“ müßte, kann man heute in allen Weinstuben und Bars, in denen sich die Kriegsgewinner ein Stelldichein geben, aus „übergerstem“ Munde vernehmen.

In dem Berlin von heute behagt es diesen Herrschaften täglich weniger. Es tauchen da allerhand Möglichkeiten auf, die gewisse süße Kriegsgewohnheiten zu stören geeignet sind. So werden die Organe der Arbeiter- und Soldatenräte in diesen Tagen gewissen Herrschaftshäusern wahrscheinlich sehr ungeliebte Besuche machen, deren Zweck es ist, den Inhalt der Speisekammern und Hamsterkeller festzustellen. In welcher Höhe — wenn auch nicht guter — Gesellschaft sich die Berliner Hamster befinden haben, hat dieser Tage die Durchsuchung des Berliner Schlosses bewiesen. Dort hat man Hamstervorräte gefunden, deren Wert in die Hunderttausende geht. Allein bei der Aufzählung der dort gefundenen Herrlichkeiten läuft dem Nichthamster das Wasser im Munde zusammen.

Die Arbeiter- und Soldatenräte haben das preussische Herrenhaus bezogen. Aber der ausgebeutete Geschäftsbetrieb hat es mit sich gebracht, daß die „Okkupation“ in dem gewaltigen Gebäudekomplex, der von der Leipzigerstraße bis zur Prinz Albrechtstraße reicht, alsbald die Grenze überschritten hat, die die Aufschrift „Haus der Abgeordneten“ trägt. Wie die preussischen Granden die Nachricht von diesen „Veränderungen“ aufgenommen haben, darüber liegen keine genaue Nachrichten vor.

Jedenfalls ist durch die Maßnahmen der Räte für die nächste Zeit die Frage entschieden worden, was mit der kuruzischen parlamentarischen Niederlassung der Herren Preußen geschehen soll, nachdem

die preussische Regierung, die „Herren“ sowie die „Gemeinen“, ihrer parlamentarischen Würde entkleidet hatte.

Der regelmäßigen Zusammenkunft der Berliner Journalisten in dem schönen Festsaal des Abgeordnetenhauses sahen sich die ersten Sozialdemokraten vorgefellt. Genosse Dr. Landsberg hat dabei einen Erfolg zu verzeichnen gehabt, daß er sich wohl in eine Versammlung seiner getreuesten Wähler hätte verfeßt fühlen können. Man hörte nämlich nach den Ausführungen Landsbergs in dieser Versammlung kühler und beherrschter Menschen zum ersten Male Händeklatschen als Zeichen des Beifalls, eine Tatsache, die dem liebenswürdigen Major, der von der Versammlung aus den Zeiten des alten Regiments als Vorsitzender mit in die neue Zeit herübergenommen worden ist, ein beachtliches Köpfschütteln abnötigte.

In dieser illustren Zusammenkunft hört man jetzt allerhand neues. Zum Beispiel: Als die Zeitungs-Okkupation durch die radikalen Sozialisten diskutiert wurden, drohte man mit dem Streik der Setzer und Buchdrucker. Es war jedenfalls ein Novum, daß es der Vertreter eines der größten Berliner Verleger war, der das Gespenst dieses Streiks heraufbeschwor!

Ja, ja, sie hat es in sich, die Revolution!

Für das Wirtschaftsgebiet Groß-Berlin ist die Höhe der Unterstützung wie folgt festgesetzt (nach einer Karenzzeit von 6 Tagen, Kriegsteilnehmer, die bei der Demobilisation ordnungsmäßig entlassen sind, erhalten diese Unterstützung sofort):

Für männliche Personen über 17 Jahre 4 Mk. pro Arbeitstag, im Alter zwischen 14 und 17 Jahren 3 Mk., für weibliche Personen über 17 Jahre 3 Mk., im Alter zwischen 14 und 17 Jahre 2,50 Mk. Für die Ehefrau, für jedes Kind unter 14 Jahren, sowie für sonst im Haushalt lebende Personen wird ein Zuschlag von 1 Mk. pro Arbeitstag bezahlt.

Konferenz der Vertreter der Verbände- vorkände.

Am 3. Dezember tagte in Berlin eine Vorstandskonferenz in der vor Erlebigung der vorgesehenen Tagesordnung eine allgemeine Aussprache über die gegenwärtige Lage und den Einfluß der Gewerkschaften stattfand. Während von verschiedenen Seiten scharf gegen die sinnlosen Eingriffe aller möglichen Räte in die Nahrungsmittelversorgung und die Kompetenzen der Gewerkschaften protestiert wurde, weil die Gefahr besteht, daß dadurch das gesamte Wirtschaftsleben Deutschlands zerstört und wir russischen Zuständen entgegen treiben, vertraten andere Redner den Standpunkt, daß man den Übergriffen von Arbeiter- und Soldatenräten nicht mit Protesten, sondern mit der gewohnten praktischen Gewerkschaftsarbeit entgegenzutreten soll. Staatssekretär Bauer empfahl, sich nicht durch die hochgehenden Redewogen einschüchtern zu lassen. In einigen Wochen werden wir uns zu ruhigen Zuständen durchgerungen haben. Es ist ein Geschehnis in Vorbereitung, wonach die gewerkschaftlichen Vereinbarungen über die Arbeitsbedingungen als Grundlage anerkannt und mit Gesetzeskraft ausgestattet werden sollen. Die allgemeine wirtschaftliche Lage ist eine überaus trübe, damit aber der völlige Zusammenbruch verhindert werde, müssen die Gewerkschaften ruhig weiter arbeiten. Auch Regien verwies darauf, daß die Mißbilligkeiten aus Maßnahmen der A.- und S.-Räte schwinden werden, sobald die Reichsregierung durch das in Aussicht gestellte Gesetz die Befugnisse der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Arbeitsverhältnisse für das ganze Reich geregelt habe. Die Einrichtung der Arbeitsgemeinschaft müsse beschleunigt werden, damit nicht inzwischen in der Uebergangswirtschaft das bürokratische System wieder platzgreife. Schließlich nahm die Konferenz folgende Resolution einmütig an:

„Die Konferenz der Vertreter der Verbände-
vorkände erklart in der von einzelnen Arbeiterräten versuchten Ausschaltung der Gewerkschaften bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eine ernste Gefahr sowohl für die deutsche Arbeiterklasse, als für unsere gesamte Volkswirtschaft. Die Arbeiterräte als politische Organe der Revolution sollten für die Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben die Gewerkschaften heranziehen, die in jahrzehntelanger Arbeit Erfahrungen gesammelt haben, die insbesondere bei der bevorstehenden Sozialisierung der dazu reifen Industriezweige unentbehrlich sind. Auch die Einrichtungen der Gewerkschaften, insbesondere der gewerkschaftliche Organisationsapparat, sind unerlässliche Vorbedingung für eine tatkräftige Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse. Werden diese durch lokale Arbeiterräte oder durch Betriebsausschüsse ohne jegliche Verantwortung vor der Gesamtarbeiterchaft ersetzt, muß das zu einer Lahmlegung unseres Wirtschaftslebens, und somit zur schwersten Schädigung sowohl der Arbeiter in der Heimat, als der aus dem Felde heimkehrenden Soldaten führen, die anstelle von Arbeitsverdienst und Brot Arbeitslosigkeit und Not vorfinden. Auch die Errungenschaften der Revolution würden dadurch in Gefahr gebracht.“

Die Konferenz appelliert daher an die organisierte Arbeiterklasse, der Ausschaltung ihrer gewerkschaftlichen Organisationen entgegenzutreten. Die Gewerkschaften bieten nach wie vor die stärkste Gewähr für eine dauerhafte Vertretung der wirtschaftlichen Arbeiterinteressen.“

Die Konferenz stimmte dann einmütig dem Abschluß einer Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zu. Der Satzungsentwurf

wurde nach stattgefundenem Einzelberatung einstimmig angenommen. Eine längere Erörterung knüpfte sich an die Vereinbarung, wonach die höchstzulässige Arbeitsdauer 8 Stunden nicht überschreiten darf. Es ist vielfach versucht worden, die tägliche Arbeitsdauer über diese Grenze auszuweihen, um den freien Sonnabend Nachmittag einzubringen. Zu einer Entscheidung in dieser Streitfrage kam die Konferenz nicht; es wurde die Regelung der freien Vereinbarung überlassen. Ferner wurde die Erhebung eines an die G.-R. zu zahlenden Extrabeitrages von 10 Pf. pro Stopp der Mitglieder beschlossen. In der inneren Verwaltung der G.-R. sind nach Eintritt einiger Angestellten in die Regierung, sowie nach Rückkehr einiger Angestellten aus dem Weeresdienste verschiedene Veränderungen notwendig geworden. Eine Einschränkung der Sozialpolitischen Abteilung sowie der Zentralarbeitersekretariats ist in Aussicht genommen. Dagegen soll eine gewerkschaftliche und sozialpolitische Korrespondenz eingeführt werden. Schließlich stimmte die Konferenz der Aufhebung des im Anfang des Krieges beschlossenen Uebertrittsverbotes zu, doch soll bei den Uebertritten möglichst tolerant verfahren werden.

Kundschau.

Ausbreitung der Krankenversicherungspflicht.
Die durch die Reichsversicherungsordnung vorgesehene Höchstgrenze des jährlichen Arbeitsverdienstes von 2500 Mk. für die Krankenversicherungspflicht ist durch eine Verordnung des Rates der Volksbeauftragten auf 5000 Mk. heraufgesetzt worden. Die Verordnung trat am 2. Dezember in Kraft.

„Rache ist süß.“ Von der jetzt allmählich anhebenden Friedenswirtschaft erhoffen wir, daß Nahrungsmittel und andere Lebensbedürfnisse in größerer Menge und von besserer Art uns in nicht ferner Zeit zur Verfügung stehen werden. Wir haben mit dem, was uns in den letzten Jahren zu Gebote stand, auch recht schaffens unsere Plage gehabt. Verschärft wurde diese vielfach noch dadurch, daß die Verkäufer dieser Lebensbedürfnisse aus deren Knappheit das Recht herleiteten zu können glauben, mit dem Käufer und Verbraucher nach Belieben umspringen zu können. Die Milchhändler, die Metzger, die Fischhändler und die sonstigen Leute, die früher bei der Verfertigung der täglichen Lebensbedürfnisse der Masse der Menschen ihr Brot zu verdienen suchten und früher durch den Wettbewerb zur Höflichkeit gegen ihre Kundschaft veranlaßt wurden, hatten, soweit sie nicht selber den selbigen Hoch anzuehen mußten, gute Zeit. Die Kundschaft war gezwungen, um ihr Wohlwollen zu hohlen und mancher hielt es für notwendig, nicht nur die hohen Preise mit lächelnder Miene zu bezahlen, sondern dem majestätischen Fischduster usw. darüber hinaus noch Geschenke zu machen. Was Wunder, wenn solchen Kunden der Ramm schwoll und sie ihre Kundschaft in einer Weise behandelten, wie keiner der verflochtenen 22 Potentaten sich sie gegen ihre „Untertanen“ erlaubt haben würde. Die Folge davon war natürlich ein nicht zu knapper Groll bei der Kundschaft und mancher von dieser tat den Schwur, beim Anbruch besserer Zeiten sofort zu einem anderen zu gehen. Natürlich tat er diesen Schwur nur im Geheimen, denn sonst hätte er von dem Gefränkten grimmige Rache erfahren.

Jetzt naht die Zeit, wo wir auf Besserung hoffen. Da haben wir unter anderem zu überlegen, ob ein einfacher Wechsel der Lieferanten einen Wert hat. Wenn der Metzger Müller mich während des Krieges geärgert hat und ich beschließe, nach Wegfall der Fleischmarken beim Metzger Schulze zu kaufen, so ist es sehr leicht möglich, daß einer meiner Nebenmenschen während des Krieges bei Schulze dieselbe Erfahrung machen mußte und deswegen fortan bei Müller kaufen will. Den beiden Metzgermeistern wird es gleich sein, an wen sie verkaufen und sie machen ihr Geschäft nach wie vor. Ein einfacher Wechsel der Händler hat keinen Wert. Jetzt kommt aber die Zeit, wo der organisierte Lebensmittelvertrieb nicht nur wieder in seine alten Rechte eintreten wird, sondern wo diese auch noch eine bedeutende Erweiterung erfahren müssen. Die Konsumgenossenschaften sind durch die während des Krieges betriebene Mittelstandsretterei sehr geschädigt worden und sie haben sich ebenfalls nicht so ausbreiten können, wie es wünschenswert gewesen wäre. Jetzt ist jedoch ihre Zeit wiedergekommen. Jetzt werden sie hoffentlich bald wieder besser mit Waren beliefert werden und es wird ihnen möglich sein, nicht nur ihre alten Mitglieder wieder zu versorgen, sondern auch neue Mitglieder in unbeschränkter Zahl aufzunehmen. Für den Verbraucher hat es keinen Wert, von einem Kleintramer zum anderen zu laufen. Für ihn muß es

jetzt heißen: Hinein in den Konsumverein!

Die Grippe (Influenza). Zehn Gebote zur Vorbeugung und Behandlung nach Dr. Schönberger im „Naturarzt“. 1. Meide menschenfüllte Räume; halte auf immer reine, frische Luft; schlafe bei offenem Fenster (keinen Zug). 2. Hautpflege treiben: oft Hände waschen (wo Seife fehlt, mit feinem Sand, weißem Ton, Handbürste); oft haben (Schwächliche, Frierende, Blutmare heiße Wäber nehmen); den ganzen Körper öfters waschen (Empfindliche erst mit heißem, dann mit kühlem Wasser); täglich Luftbad nehmen (wenigstens nach Aufstehen, vor Schlafengehen), dabei den Körper tüchtig reiben. Mund oft spülen, gurgeln; Zähne reinigen (mit weißem Ton, etwas Kochsalz, Pfefferminztee); tief atmen (Ausatmung). 3. Beachte die Anzeichen: Schüttelfrost, Fieber, Mattigkeit, Appetitlosigkeit, Müden-, Gliederschmerzen, oft noch Schnupfen bei Husten, Durchfall, Leibweh, Stirn-Kopfschmerz, Schlaflosigkeit, Wadenkrämpfe (nervöse Form). 4. Fröstelnde, Fiebernde sofort ins Bett stecken, reine Luft schaffen (aber Zimmer warm!), Darm entleeren. Die Selbstschub-(Naturheil-)kraft zur Ausschleibung der Gifte antreiben, die Herzkraft erhalten, Komplikationen (Augenentzündung usw.) vermeiden durch folgende Maßnahmen der physikalisch-diätetischen Therapie: 5. a) Schwimbad in Form des ansteigenden Halbades (eventuell in zugedeckter Wanne vorsichtig beständig heißes Wasser aufschütten bis Schweißausbruch); dann Trockenpackung (in trockener wollener Decke) im Bett; Kruten an Füße und Beine; b) Bei Herzgefahre nur feuchtkühle Rumpfpackung (Frierende erst erwärmen) mit Dampfkruten; durch heißen Fiebertee Schweißausbruch beschleunigen; kalte Herzkompreffe, Halsumschlag (feuchtes Tuch, wolle Decke). 1/4 Stunde lang liegen, dann Abwaschung, dann 2 Stunden Ruhe, hierauf 2 Stunden feuchte Wadenpackung, Abwaschung und nach wieder 2 Stunden Ruhe wieder 5 h von Anfang. Bei Herzangst heiße Handbäder, dann 2 Stunden lang kühle Unterarmpackung mit nachfolgender flüchtiger Abwaschung. c) Bei leichten Fällen nur heißes Fußbad mit nachfolgender Trockenpackung. 6. Bei Fieberzunahme kühle Ganzwaschungen (Weine, Arme, Leib, Brust, Glieder). Bei hohem Fieber kühle Teilwaschungen (evtl. alle Stunden). Frierende vorher erst heiß, dann kühl waschen (bei Frösteln warme Kruten an die Beine). 7. Bei Katarrhen der Atmungsorgane Nieschib-Kumpf-Brustpackungen (feuchtes Tuch, trockenes, wollees darüber); bei Rückenbeschwerden, Seitenstechen Dampfkompressen (auch mit ausgepreßten heißen Kartoffeln, heißem Sand); bei Husten Dampfkompressen auf Kehlkopf und Brust, dabei immer Achtung auf Herzgefahre, dann wie bei 5 b zeigt verfahren. 8. Feuchthalten der Stubenluft (Wasser auf Ofen stellen, feuchte Tücher aufhängen); bei quälendem Husten Dampf inhalieren. 9. Fieberdiät: kein Fleisch, zuerst nur flüssige, breiige Speisen, später kalt-, eisen-, natronhaltige Nahrungsmittel, Hafer-, Graupensuppe, Kartoffeln, Gemüse, frisches oder getrocknetes Obst, Fruchtsäfte. 10. Kein Alkohol; das Fieber nicht durch Fiebermittel (Antipyridin usw.) bekämpfen, sondern wie oben gezeigt.

Nachruf.

Am 19. November verstarb nach kurzem
Krankenslager unsere Kollegin

Frau Elsa Voigt
(Firma S. Springer).

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr
Die Mitgliedschaft Leipzig.

Nachruf.

Am 27. November verstarb unsere
Kollegin

Gertrud Voigt.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr
Die Mitgliedschaft Barmen.

Die nächste Nummer der „Solidarität“
erscheint am 28. Dezember 1918. —
Schluß der hiesigen hiesigen Feiertage am
20. Dezember 1918.